# ev.olve

Oktober 2026
Ausgabe #07

Das Magazin über Wissenschaft, die Gesellschaft verändert

ISSN 2750-9826

# VERÄNDERUNG

Wir verändern Gesellschaft

EVANGELISCHE HOCHSCHULE FREIBURG

# INHALT


04 Mein Weg: Fabian Frank
Wissenschaft muss eine Multiplikatorin Sozialer Arbeit sein

08 Kinderrechte im Betreuungsalltag wahren
Nicht „über" die Praxis forschen, sondern mit den Menschen, die den pädagogischen Alltag gestalten

10 Wir brauchen in der Wissenschaft mehr Raum fürs Experimentieren
Stefanie Pietsch und Lara Kunze wollen mit einem Parcours mehr Partizipation in die Forschung bringen

13 Kunst will irritieren
Reinhard Lohmiller weiß, wie Routinen ins Wanken geraten können

16 Die große Frage
Asylrecht: Was ist jetzt notwendig? Transparentes Handeln ist wesentlich für den liberalen Rechtsstaat, argumentiert Constantin Hruschka

19 Die Polarisierung überwinden
Es gibt mehr als Verbieten oder Legalisieren von Cannabis, sagt Anke Stallwitz

22 Berufspraxis schon während des Studiums: Professionalität entwickeln
Dagmar Hensel-Gebhard und Isabelle Ihring erklären, warum Praxisphasen im Studium unverzichtbar sind

24 Den Rahmen für Kontinuität und Weiterentwicklung schaffen
Fragen an den neuen Kanzler: Alexander Becker antwortet

26 Abschiede
Ulrich Rolf, Ute Niethammer, Georg Wagensommer

29 Den Sicherheitsbegriff neu denken
Was Sicherheitsforschung umfasst und zu welchen Risiken ihr Unterlassen führt, umreißt Renate Kirchhoff



**Herausgeberin:** Evangelische Hochschule Freiburg, Rektorin Prof.in Dr.in Renate Kirchhoff — **Redaktion:** Barbara Hirth — **Autorinnen:** Melanie Geppert, Renate Kirchhoff, Imke Rötger — **Lektorat:** Sabrina Kröll, Reinhold Schardt, Dr.in Andrea Wicke — **Fotos:** Integrationsbeauftragte/Coddou: S. 22; Marc Doradzillo: S. 3, 4, 7, 11, 13, 14, 16, 23, 25, 27; Bernd Schumacher: S. 12, 26, 28; Christina Stohn: S. 20 — **Gestaltung:** Masterdesign von ev.olve: feykaherr; Magazin 07: Gisa Wilkens, Grafik Süd — **Auflagenhöhe:** 1.200 — **Druck:** Habé Offset GmbH — **Erscheinungsdatum:** Oktober 2026 — ISSN 2750-9826 — **Digitale Ausgabe:** www.eh-freiburg.de/magazin — **Urheberrecht:** Evangelische Hochschule Freiburg, alle Rechte vorbehalten — **Adresse:** Evangelische Hochschule Freiburg, Bugginger Str. 38, 79114 Freiburg, E-Mail: magazin@eh-freiburg.de, Website: www.eh-freiburg.de






# EDITORIAL

## „Wir verändern Gesellschaft"



. . . lautet das Mission-Statement der Evangelischen Hochschule Freiburg. Dieser Anspruch wird im Hochschulalltag konkret: in Forschung, die Menschen beteiligt und neue Zugänge zu Informationen und Wissen eröffnet. In einer Lehre, die Aufgaben aus der Praxis aufgreift und weiterentwickelt. Und im öffentlichen Diskurs über Fragen, die die Gesellschaft bewegen.

Die Beiträge dieser Ausgabe zeigen, wie unterschiedlich Veränderung beginnt und gestaltet werden kann: wenn partizipative Forschung neue Formen der Zusammenarbeit erprobt, Kunst vertraute Sichtweisen hinterfragt oder aus Praxiserfahrungen professionelle Orientierung entsteht. Wir nehmen rechtliche und gesellschaftspolitische Veränderungen im Asylrecht und in der Drogenpolitik in den Blick. Und stellen die Frage, wie wir als Hochschule Kontinuität sichern und zugleich Veränderungsprozesse vorantreiben.

Auch ev.olve ist ein Teil dieser Fragestellungen. Das Magazin entstand im Rahmen des vom Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt geförderten Projekts „SocialPROFit". Gemeinsam mit der Winter School für Postdocs, unserem Lehrpreis und weiteren Maßnahmen hat es sichtbar gemacht, wie vielfältig wissenschaftliche Karrierewege an einer Hochschule für Angewandte Wissenschaften sein können und wie eng Forschung, Lehre, Transfer und gesellschaftliche Verantwortung miteinander verbunden sind. Nun halten Sie die letzte Ausgabe in Ihren Händen. Damit endet ein Projekt, nicht aber das, was es angestoßen hat. Denn Gesellschaft zu verändern, bleibt unsere Aufgabe.

Veränderung betrifft nicht nur Themen, Strukturen und Institutionen. Sie betrifft auch die Menschen, die sie gestalten. Bewährtes weitergeben, Verantwortung neu verteilen und Raum für andere Perspektiven schaffen: Das gehört deshalb ebenso dazu wie der Mut, Neues anzustoßen. Auch in diesem Magazin lesen Sie wieder viel darüber, was die Mitglieder der EH Freiburg bewegen – und bewirken.

Ich wünsche Ihnen alles Gute!

Prof.in Dr.in
Renate Kirchhoff
Rektorin der
Evangelischen
Hochschule Freiburg

Prof. Dr. Fabian Frank

# Mein Weg: Fabian Frank



Fabian Frank entdeckte früh für sich die Wissenschaft als einen Weg, Wissen, Strukturen und Praxis so weiterzuentwickeln, dass viele davon profitieren. Dieser Gedanke prägt ihn bis heute. Seit 2018 ist er Professor für Wissenschaft Soziale Arbeit an der Evangelischen Hochschule (EH) Freiburg, seit 2020 als Prorektor für Forschung und Transfer Mitglied des Rektorats sowie seit 2022 Leiter des Instituts für Angewandte Forschung (IAF). Ein Porträt.





Es ist spät an diesem Abend in Eichstätt. Die letzten Prüfungen des Diplomstudiengangs liegen hinter ihm, vor ihm die Frage, wie es weitergehen soll. Fabian Frank sitzt mit einer Kommilitonin vor einer Tankstelle, trinkt ein Bier und spricht über die berufliche Zukunft. Erst im Rückblick wird dieser Moment zu einer wichtigen Wegmarke. Denn dort verdichtet sich ein Gedanke, der seine Laufbahn bis heute prägt: Wenn sich Soziale Arbeit in der Praxis auf einzelne Menschen bezieht, dann kann die Wissenschaft Soziale Arbeit dieses Wissen erweitern, reflektieren und in andere Kontexte tragen – und so weit über den Einzelfall hinaus wirken.

## „Soziale Arbeit ist immer Koproduktion."

Dass er einmal Vertreter der Wissenschaft Soziale Arbeit werden würde, war dennoch keineswegs vorgezeichnet. Nach dem Abitur im Jahr 2002 leistete er Zivildienst an einer Schule mit Internat für Kinder mit geistigen und körperlichen Behinderungen. Ursprünglich hatte er mit dem Gedanken gespielt, Sonderpädagogik zu studieren. Dort merkte er jedoch schnell, dass ihn nicht die Lehrerrolle anzog, sondern die unmittelbare Arbeit mit den Kindern und Jugendlichen – im Unterricht ebenso wie im Gruppendienst, in der Freizeitgestaltung und bei Fragen der Teilhabe.

Er begann ein Studium der Sozialen Arbeit an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt. An diesem Fach faszinierte ihn insbesondere dessen Breite. Rückblickend beschreibt er das Studium als einen Zugang zur Welt, der gesellschaftliche, institutionelle und individuelle Perspektiven verbindet. Früh sammelte er weitere praktische Erfahrungen, die ihn fachlich prägten. Ein Praktikum in der stationären Jugendhilfe zeigte ihm, dass ihm die Soziale Arbeit zwar liegt, jedoch nicht jedes Handlungsfeld gleichermaßen. Zugleich erlebte er dort etwas, das für sein späteres Denken zentral wurde: den Einfluss institutioneller Strukturen auf die soziale Praxis und ihre Adressat*innen. Wie Einrichtungen organisiert sind, welche Routinen sie hervorbringen, was sie ermöglichen und was sie verhindern – diese Fragen lassen ihn seither nicht mehr los.

Die nächste prägende Station war das Praxissemester in einer Tagesstätte für chronisch psychisch kranke Erwachsene. „Dort habe ich die Leitplanken gefunden, die bis heute fortwirken", sagt Frank. Hier begann er grundsätzlicher und systematischer, die Bedeutung von Strukturen zu analysieren: für die Soziale Arbeit ebenso wie für die Menschen, die Adressat*innen Sozialer Arbeit sind. Er beschäftigte sich mit Fragen der Mitgestaltung und -bestimmung, insbesondere bei der Arbeit mit Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen.

Bereits während der Diplomarbeit entdeckte er, dass Forschung für ihn ein eigener Weg werden könnte. Er erlebte wissenschaftliches Arbeiten nicht als lästige Pflicht, sondern als eine Tätigkeit, die ihm liegt. Hier konnte er seine Neugier methodisch in Erkenntnis überführen. Bevor er für den Master nach Freiburg kam, prüfte er, ob Forschung im institutionellen Alltag tatsächlich zu ihm passt: zunächst in einem Praktikum, dann als freier Mitarbeiter am Institut für Praxisforschung und Projektberatung München (IPP). Während des Masterstudiums arbeitete er als wissenschaftliche Hilfskraft in der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie des Universitätsklinikums Freiburg, später übernahm er dort leitende Verantwortung in der Psychotherapie- und Versorgungsforschung. 2016 promovierte er im Fach Public Health and Health Education an der Pädagogischen Hochschule Freiburg.

Die Jahre in einem interdisziplinären Umfeld waren für ihn von besonderer Bedeutung. Als Sozialarbeiter arbeitete er mit Psychotherapeut*innen, Mediziner*innen und anderen Professionsvertreter*innen zusammen, häufig als einziger Vertreter seines Fachs. In solchen Settings müsse Soziale Arbeit lernen, „selbstbewusster und robuster“ aufzutreten, sagt er. Andere Disziplinen seien in ihrem Selbstverständnis oft offensiver. Umso wichtiger sei es deshalb, die eigene Perspektive klar einzubringen. Eine besondere Stärke der Sozialen Arbeit liegt für Frank darin, Versorgung so zu denken, dass Menschen nicht zwischen Fachlichkeiten und Zuständigkeiten verloren gehen. Ihn interessiert, wie Übergänge gelingen, wie Systeme ineinandergreifen und wie Hilfen so gestaltet werden können und müssen, dass Menschen in Krisen das finden, was ihnen tatsächlich nützt – also wie Systeme besser werden.

Frank versteht Wissenschaft auch als eine Form der Praxis der Sozialen Arbeit. Soziale Arbeit sollte seiner Auffassung nach immer „eine wissenschaftlich konnotierte Soziale Arbeit“ sein. Praxis müsse reflexiv sein, sich auf theoretisches und empirisches Wissen beziehen und die Brauchbarkeit dieses Wissens für konkrete Situationen prüfen. Darin liegt für ihn der Kern professionellen Handelns. „Soziale Arbeit ist immer Koproduktion“, formuliert er. Den Adressat*innen schulde man, dass in die gemeinsame Arbeit das eingebracht werde, was fachlich am besten begründbar ist. Andernfalls drohe eine Praxis, die sich zu stark an eigenen Überzeugungen orientiert.

Forschung soll nicht nur beschreiben, sondern auch dazu beitragen, Hilfesysteme zu verbessern. Frank formuliert den Anspruch klar: Soziale Arbeit müsse ihren Adressat*innen das anbieten, „was ihnen mit der höchstmöglichen Wahrscheinlichkeit guttut“. Forschung wird damit zu einem Mittel, Praxis zu begründen, zu überprüfen und weiterzuentwickeln. Wenn das, was Menschen brauchen, in bestehenden Systemen nicht vorgesehen ist, dann müssen diese verändert oder neue Versorgungsformen entwickelt werden. Davon ist er zutiefst überzeugt. Darin liegen auch seine Forschungsschwerpunkte: die sozial- und gemeindepsychiatrische Versorgung sowie die Entwicklung und Evaluation komplexer Interventionen.

Dass er die Professur an der EH Freiburg angenommen hat, hat mehrere Gründe. Zum einen schätzt er das besondere kollegiale Klima. Hochschulen seien nicht immer „freundliche“ Orte, sagt er offen. Sie seien stark kompetitiv. Konflikte gebe es zwar auch hier, aber sie würden meist auf der inhaltlichen Ebene ausgetragen. Zum anderen überzeugt ihn das Profil der Hochschule. Die thematische Konzentration auf soziale Fragen, die kurzen Wege und die Möglichkeit, schnell mit Kolleg*innen ins Gespräch zu kommen, entsprechen seiner Arbeitsweise. Wer Expertise braucht, findet sie hier oft nur wenige Türen weiter. Die EH Freiburg ist für ihn ein Ort, an dem die politisch wirksame Gestaltung des Sozialen auch den Hochschulalltag sichtbar prägt.

## „Lehre bewirkt etwas.“

Hinzu kommen die Studierenden mit einer diversen Zusammensetzung an der Hochschule. Schon früh fiel ihm auf, wie interessiert und aufgeschlossen sie sind. Wenn er die jungen Menschen im Praxissemester begleitet und sieht, dass ehemalige Studierende inzwischen selbst Verantwortung tragen und ihre eigene professionelle Haltung entwickelt haben, empfindet er das als Bestätigung. „Lehre bewirkt etwas“, sagt er. Es erfüllt ihn mit Stolz, dass Menschen, die er ein Stück ihres Wegs begleiten durfte, später ihrerseits die Welt mitgestalten.

Auch in der Forschung erlebt er diese Wirkung. In den vergangenen Jahren sind regional dichte Netzwerke zwischen Praxis, Verwaltung, Politik und Wissenschaft entstanden. Frank beschreibt diese Entwicklung – fast ein wenig überrascht – als Rückkehr zu einem alten Berufsgefühl: „Ich bin wieder Sozialarbeiter.“ Damit ist nicht die klassische Fallarbeit gemeint, sondern das gemeinsame Nachdenken mit Praxispartner*innen, Adressat*innen und Erfahrungsexpert*innen, mit Verwaltung und Politik darüber, was eine Region braucht, wie Versorgungslücken geschlossen werden können und wie sich die soziale Infrastruktur verbessern lässt. In diesem





## „Forschung soll nicht nur beschreiben, sondern auch dazu beitragen, Hilfesysteme zu verbessern.“

Sinne ist Forschung für ihn ein Mittel, um gesellschaftlich wirksam zu sein und Soziale Arbeit aus einer anderen Position heraus mitzugestalten.

Was er jungen Menschen mitgeben würde, die selbst eine wissenschaftliche Laufbahn einschlagen wollen? „Man braucht Leidenschaft – für ein Thema, für eine Zielgruppe, für diese Art von Arbeit. Aber auch Leidensbereitschaft“, sagt Frank. Wissenschaft könne vereinnahmend sein. Deshalb brauche es „einen sicheren Ort“, der außerhalb dieses Systems liegt. Etwas, das trägt, wenn die Arbeit alles einzunehmen droht. Für Frank ist das seine Familie. Auch darin zeigt sich seine Haltung, Wissenschaft nicht als geschlossenen Kosmos, sondern als Teil eines Lebens zu begreifen, das viel mehr ist als Karriere und Qualifikation.

Und so führt der Weg am Ende noch einmal zurück zu jener Tankstelle in Eichstätt. Vieles von dem, was Fabian Frank heute in Forschung, Lehre und Transfer antreibt, ist dort bereits angelegt: die Überzeugung, dass Soziale Arbeit wissenschaftlich sein muss, ohne sich von der Praxis zu entfernen, dass Wissen Wirkung entfalten kann und es sich lohnt, Strukturen so zu gestalten, dass Menschen in ihnen nicht verloren gehen. Oder mit seinen Worten: Wissenschaft muss eine Multiplikatorin Sozialer Arbeit sein.

Protokoll: Melanie Geppert



# Kinderrechte im Betreuungsalltag wahren

Wie konsequent werden die Kinderrechte im pädagogischen Alltag umgesetzt? Mit dem Forschungsprojekt KiRI wird ein vertiefter Einblick in die pädagogische Praxis gewonnen und werden Handlungsempfehlungen erarbeitet.

**Titel:**
**Kinderrechtsbasierte Interaktionsgestaltung im pädagogischen Alltag in der Krippe und Kindertagespflege (KiRI)**

**Projektleitung:**
**Prof.in Dr.in Maike Rönnau-Böse**
**Prof.in Dr.in Silke Kaiser**

**Wissenschaftliche Mitarbeit:**
**Jessica Ferber, M.A., Juliane Ciechecki, M.A., Annika Lorenzen, M.A., Karolin Schuler, M.A.; alle: Zentrum für Kinder- und Jugendforschung (ZfKJ) im Institut für Angewandte Forschung (IAF)**

**Auftraggeber:**
**Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt**

**Praxispartner:**
**Caritas Freiburg**
**Amt für städtische Kindertageseinrichtungen (ASK) der Stadt Freiburg**
**Fachberatung Kindertagespflege im Amt für Kinder, Jugend und Familie der Stadt Freiburg**
**Fachstelle für Kindertagespflege im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald**

**Laufzeit:**
**01/2026–12/2029**

**Hintergrund:** Kinder sollen in der Krippe und Kindertagespflege sicher sein und respektiert werden. Doch Personalmangel, Zeitdruck und institutionelle Machtstrukturen können im pädagogischen Alltag zu Grenzüberschreitungen führen: durch verletzende Verhaltensweisen wie etwa Ausgrenzung. Während die öffentliche Debatte meist extreme Fälle betrachtet, bleiben seelische Verletzungen oft unsichtbar. Die Umsetzung der Kinderrechte ist für Krippen und in der Kindertagespflege verpflichtend. Bisher ist es jedoch unklar, wie konsequent diese in der pädagogischen Alltagspraxis umgesetzt werden.

**Ziel:** Es soll untersucht werden, wie pädagogische Fachkräfte sowie Personen der Tagespflege ihre Beziehungen zu den Kindern in Krippen und der Kindertagespflege gestalten. Dazu gehört auch, individuelle und strukturelle Ursachen zu erheben, die zu Fehlverhalten führen können. Pädagogische Fachkräfte sollen darin unterstützt werden, ihre Handlungskompetenzen in Bezug auf eine gelebte Schutzpraxis und Demokratiebildungsprozesse zu verbessern. Mit den gewonnenen Erkenntnissen werden Weiterentwicklungspotenziale ermittelt und qualitätsverbessernde Prozesse im institutionellen Setting angestoßen.

**Forschungsdesign:** Im Rahmen des vierjährigen Forschungsprojekts werden insgesamt 32 pädagogische Fachkräfte und Kindertagespflegepersonen in ihrem beruflichen Alltag begleitet: 16 Fachkräfte aus acht Krippen sowie 16 Kindertagespflegepersonen aus acht bis 16 Kindertagespflegestellen. In den Einrichtungen werden durch Beobachtung, Interviews und Videografie Daten erhoben (ethnografischer Feldzugang). Das qualitativ ausgerichtete Forschungsdesign ermöglicht einen vertieften Einblick in die aktuelle pädagogische Praxis und erarbeitet in enger Zusammenarbeit mit den Praxispartnern Fragestellungen, Herausforderungen und Handlungsempfehlungen.

**Wie arbeiten Sie mit den Kooperationspartnern zusammen?**
Jessica Ferber: Es ist uns wichtig, nicht „über“ die Praxis zu forschen, sondern mit den Menschen, die den pädagogischen Alltag gestalten. Die Verantwortung für die Umsetzung von Kinderrechten und einer gelebten Schutzpraxis darf jedoch nicht allein bei pädagogischen Fachkräften oder Kindertagespflegepersonen liegen. Vielmehr braucht es eine Kultur des Hinschauens sowie gewisse Rahmenbedingungen. Gemeinsam mit dem Träger und Fachberatungen wollen wir Prozesse weiterentwickeln und nachhaltige Strukturen schaffen, die Kinderrechte im Alltag stärken. Die Themen und Herausforderungen unserer Praxispartner sind sehr unterschiedlich. Deshalb ist ein kontinuierlicher Austausch besonders wertvoll: Wir entwickeln Fragestellungen gemeinsam weiter, reflektieren erste Ergebnisse miteinander und diskutieren, welche Handlungsempfehlungen in der Praxis tatsächlich umsetzbar sind. So entsteht ein Forschungsprozess, der nah an den tatsächlichen Bedarfen bleibt und unterschiedliche Perspektiven ernst nimmt.

**Wie hat sich die Rekrutierung der teilnehmenden Personen gestaltet?**
Bei der Rekrutierung haben wir erfahren, wie sensibel die Themen Kinderrechte und Kinderschutz im Alltag erlebt werden und dass eine bewusste Ansprache erforderlich ist. Uns war wichtig zu vermitteln: Es geht in diesem Projekt nicht darum, Fehler zu suchen oder die Praxis zu kontrollieren. Vielmehr möchten wir verstehen, wie der pädagogische Alltag gestaltet wird und welche Unterstützung nötig ist, um Kinderrechte im Alltag zu realisieren. Diese wertschätzende Haltung war entscheidend, um Vertrauen unter den Teilnehmer*innen aufzubauen.

**Es sollen Handlungsempfehlungen erarbeitet werden. Wie gehen Sie vor?**
Die Handlungsempfehlungen sollen aus theoretischen Überlegungen und Praxiserfahrungen entstehen. Deshalb arbeiten wir mit einem ethnografischen Zugang: Durch Beobachtungen, Gespräche und Videografie gewinnen wir Einblicke in konkrete Interaktionssituationen. Uns interessiert besonders, wie Kinderrechte im täglichen Miteinander sichtbar werden – etwa in Übergangs- und Konfliktsituationen oder beim gemeinsamen Spielen. Zugleich schauen wir darauf, welche strukturellen Bedingungen pädagogisches Handeln unterstützen oder erschweren. Unsere Erkenntnisse reflektieren wir fortlaufend mit den Praxispartnern und entwickeln daraus praxisnahe Empfehlungen und Impulse, die die pädagogische Professionalität stärken und im Alltag umsetzbar sind.

**Warum ist es notwendig, den Fokus auf die Kinderrechte zu stärken?**
Obwohl Kinderrechte gesetzlich verankert sind, gibt es wenig Forschung dazu, wie sie im pädagogischen Alltag in Krippen und in der Kindertagespflege umgesetzt werden. Gerade junge Kinder befinden sich in einem starken Abhängigkeitsverhältnis zu Erwachsenen: Sie sind besonders darauf angewiesen, dass ihre Bedürfnisse wahrgenommen, ihre Grenzen respektiert und ihre Perspektiven ernst genommen werden. Kinderrechte schaffen eine wichtige Grundlage für eine Kultur, in der Schutz, Beteiligung und Demokratiebildung selbstverständlich mitgedacht werden. Ein kinderrechtsbasierter Ansatz hilft, Machtstrukturen und verletzende Verhaltensweisen sichtbar und reflektierbar zu machen. Das Projekt kann einen wichtigen Beitrag dazu leisten, das Thema zu enttabuisieren und für Grenzverletzungen im pädagogischen Alltag zu sensibilisieren.

Text und Interview: Melanie Geppert

# WIR BRAUCHEN IN DER WISSENSCHAFT MEHR RAUM FÜRS EXPERIMENTIEREN

Forschungsreferentin Dr.in Stefanie Pietsch und Studentin Lara Kunze haben gemeinsam einen Parcours zur Förderung partizipativer Forschung entwickelt. Das Projekt wurde im Rahmen von „partX" – der Fortbildungsreihe für partizipative Forschung – gefördert.

## Partizipative Forschung in der Hochschule stärken

Seit November 2025 gibt es „partX", das vom Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR) unterstützt wird. Im ersten Durchgang der Fortbildungsreihe war Stefanie Pietsch dabei. Ziel der Reihe ist es, Mitarbeitende an Transferstellen, in der Forschungsförderung, im Wissenschaftsmanagement oder in Bereichen wie Public Engagement an Universitäten, Hochschulen für Angewandte Wissenschaften und außeruniversitären Forschungseinrichtungen in ihren Rollen als Botschafter*innen und Unterstützer*innen partizipativer Forschung zu stärken.

Im Rahmen der Fortbildung haben die Teilnehmenden Ideen entwickelt, um partizipative Forschung in ihren Institutionen zu fördern und zu verankern. Für die Umsetzung dieser Ideen im Frühjahr 2026 erhielten sie eine finanzielle Unterstützung in Höhe von je 4000 Euro. Stefanie Pietsch hat in diesem Rahmen einen interaktiven Partizipationsparcours entwickelt, der im Herbst 2026 in der Evangelischen Hochschule vorgestellt wird.

## Frühzeitig Potenzial von Partizipation mitdenken

An der Evangelischen Hochschule gibt es bereits Erfahrung mit partizipativ durchgeführten Forschungsprojekten, allerdings nur punktuell. Mit dem Partizipationsparcours von Pietsch und Kunze gibt es jetzt ein Tool, mit dem das Potenzial und die Tiefe von Partizipation frühzeitig konzeptuell mitgedacht werden kann: am besten schon ab der ersten Idee eines Forschungsprojekts.

## Das Wissen vieler gewinnen

Partizipative Forschung kann von dem Wissen vieler profitieren. Und die Menschen, die an den Projekten teilnehmen, erleben gleichzeitig, dass sie dadurch auf eine neue Art wahrgenommen werden. Beispielsweise beim Projekt „Traut Euch! Ein Kinderkoffer gegen Gewalt". Kinder aus bis zu 25 Kitas haben sich bei der Entwicklung eines Methodenkoffers eingebracht. Sie waren von Projektbeginn an involviert. Der partizipative Forschungsprozess war somit gleichzeitig schon eine Methode, um Kinder stark zu machen.

Bei dem Forschungsprojekt „Teilhabe von Psychiatrieerfahrenen stärken" wurden mittels einer Postkartenbefragung Psychiatrieerfahrene einbezogen. Sie konnten auf diesem Wege ihre Erlebnisse in der Gesellschaft beschreiben und vorschlagen, was sich ändern sollte, damit für sie Teilhabe und Akzeptanz besser gelingen.





Indem neben den Forschenden unterschiedliche Personengruppen bei Projekten einbezogen werden, entsteht Wissen für gesellschaftlich relevante und anspruchsvolle Forschung und finden sich praxistaugliche Lösungen.

Partizipative Forschung fördert, dass Menschen aktiv und selbstbestimmt an Lösungen von aktuellen Herausforderungen mitarbeiten und nicht zuletzt dadurch die Gesellschaft mitgestalten. Und sie eröffnet insbesondere für die involvierten Menschen Einblicke in Wissenschaft, wie sie funktioniert, wie sie arbeitet: Das kann Vertrauen in Forschung schaffen.

„Ideen müssen auch einmal ‚ins Off' gedacht werden dürfen."

Daneben gibt es auch Forschungsfragen, die nicht partizipativ bearbeitet werden können. Das kann unterschiedliche Ursachen haben: Das zur Verfügung stehende Budget ist zu knapp, die Realisierungsfrist sehr kurz und bestimmte Themen lassen Partizipation weniger zu. Auch das kann ein Ergebnis des Partizipationsparcours sein.

## Gamifizierung erleichtert den Zugang

Der interaktive Parcours leitet Forschende aller Hochschulgruppen – Professor*innen, Wissenschaftlich Mitarbeitende, Postdocs, Doktorand*innen – auf spielerische Weise zur Reflexion ihrer Vorstellung von Forschung und ihrem möglichen partizipativen Charakter an. Eingeladen sind alle, die das Partizipationspotenzial von Forschung entdecken möchten.



Schon mal durchgespielt: Stefanie Pietsch (li.) und Lara Kunze testen den Parcours

Die Bandbreite an Themen reicht beispielsweise von der Interessenanalyse über methodische Ansätze bis hin zur Gestaltung von Partizipationsprozessen. Kurz: Alle Themen und Dynamiken, die im Forschungszyklus auftreten können, werden mit dem Parcours durch die „Partizipationslinse" betrachtet und spielerisch bearbeitet.

Für den Schreibtisch oder kleine Gruppen gibt es den Parcours als Spielbrettvariante, ausgestattet mit Reflexionskarten, Aktionen und einem Logbuch zum Festhalten der Ergebnisse. Pietsch: „Für den Parcours haben wir die Elemente auch so groß entwickelt, dass man ihn selbst begehen kann. Dann sind Forschende selbst die Spielfiguren, die den Parcours physisch durchwandern mit Stift und Logbuch in der Hand."

Während man spielt, lernt man nebenbei etwas über partizipative Begriffe, Herangehensweisen und Logiken und kann dieses Wissen unmittelbar auf das eigene Vorhaben übertragen. Teilnehmende können Hindernisse identifizieren und Szenarien für ihre Bewältigung durchspielen. Stefanie Pietsch betont: „Wir brauchen in der Wissenschaft mehr dieser Möglichkeitsräume – Orte des Experimentierens, Antizipierens, Lernens und Umdenkens, an dem Ideen auch einmal ‚ins Off' gedacht werden dürfen, um letztlich stimmige Lösungen für das eigene Vorhaben zu finden."

„Gamification steigert erfahrungsgemäß die Motivation und die Interaktion von Nutzer*innen auch bei Aufgaben, die vorher

vielleicht als weniger spannend und interessant oder als sehr schwierig wahrgenommen werden“, erklärt Pietsch.

**Expert*innen unterschiedlicher Disziplinen involviert**
Den Entwicklungsprozess habe, so Stefanie Pietsch, entscheidend geprägt, dass sie den Parcours gemeinsam mit Lara Kunze erarbeitet hat. Kunze kennt die EH Freiburg aus ihrem Bachelorstudium Soziale Arbeit, inzwischen ist sie Wissenschaftliche Hilfskraft am Institut für Angewandte Forschung der EH Freiburg und studiert im Master Soziologie an der Universität Freiburg.

Pietsch und Kunze haben stets sowohl kreativ-haptisch – mit Schere, Stift, Papier – als auch analytisch-konzeptionell mit partizipativen Begriffsclustern gearbeitet. Dabei haben sich die spielerische Parcoursidee und der systematisierende Anspruch gegenseitig ergänzt.

Zum ersten Entwurf gaben Expert*innen aus unterschiedlichen Disziplinen wertvolle Impulse aus wissenschaftlicher Perspektive als auch zur Spiel- und Parcoursidee. Das Design wurde mit einer Grafikerin entwickelt. So veränderte sich der Parcours mit jedem Input weiter und wurde zu dem, was er heute ist: ein ausgereiftes Werkzeug, um Partizipationspotenziale im Forschungsdesign zu identifizieren.

Imke Rötger



# Nachgefragt

## bei Dr.in Stefanie Pietsch, Forschungsreferentin an der EH Freiburg

**In Ihrer Rolle als Forschungsreferentin unterstützen Sie Forschende der EH Freiburg. Wer wendet sich an Sie?**
Stefanie Pietsch: Ich berate Professor*innen, Akademische Mitarbeitende, im Rahmen unserer Winterschool auch Doktorand*innen und Postdocs rund um das Thema Forschung und Forschungsförderung. Dabei begleite ich sie bei der Entwicklung und Umsetzung von Forschungsprojekten.

**Welche besonderen Rahmenbedingungen bietet die EH Freiburg Forschenden?**
Die Hochschule bietet eine gebündelte Forschungsinfrastruktur durch das Institut für Angewandte Forschung (IAF). Die Unterstützung erfolgt direkt, pragmatisch und lösungsorientiert. Unser Ziel ist klar: Forschung möglich machen – schnell, effizient und praxisnah.

**Welches sind Ihre Aufgaben als Forschungsreferentin?**
Ich bin Ansprechperson für alle Fragen der Forschungsförderung in der sogenannten Pre-Award-Phase, also von der ersten Idee bis zur erfolgreichen Antragstellung. Zudem arbeite ich an den Forschungsstrategien der Hochschule mit und erstelle den jährlichen Forschungsbericht. Ich recherchiere aktuelle Ausschreibungen und relevante Entwicklungen von Forschungsthemen und informiere darüber in unserem monatlichen Forschungsnewsletter. Außerdem organisiere ich Forschungsworkshops, die das wissenschaftliche Know-how und den Austausch an der Hochschule fördern.

**Was ist Ihnen besonders wichtig?**
Ich möchte Forschende sicher durch den Förderdschungel navigieren. Im persönlichen Gespräch entwickeln wir Schritt für Schritt den Antrag – strukturiert, fristgerecht und passgenau. Dabei versuche ich, die Informationen kompakt bereitzustellen und individuell zu beraten. Jede Beratung ist anders: mal technisch, mal administrativ, mal steuernd, kreativ oder motivierend. Forschung lebt von Begeisterung, Neugier und Wissensdurst: Das möchte ich fördern.

Interview: Imke Rötger





# Kunst will irritieren

Wahre Veränderung beginnt selten dort, wo Programme formuliert, Positionen bezogen oder Maßnahmen beschlossen werden. Sie beginnt meist dort, wo unsere Routinen ins Wanken geraten, weil wir feststellen, dass die eigene Sicht auf die Welt nicht die einzig mögliche ist. Kunst kann solche Momente hervorbringen.

Für Reinhard Lohmiller, Professor für Ästhetik, Kultur und Kommunikation an der EH Freiburg, ist genau das der entscheidende Punkt. Kunstpädagogik sei „die Förderung des Menschenrechts auf Selbstäußerung“, ein Satz, den sein Doktorvater Till Neu prägte. In dieser Formulierung verdichtet sich ein Verständnis von Kunst, das weit über die gestalterische Praxis hinausweist.



## „Jede Wahrnehmung ist richtig.“

Es geht nicht um die Reproduktion vorgegebener Formen. Es geht um die Möglichkeit, sich zur Welt und zu sich selbst ins Verhältnis zu setzen – tastend, suchend, produktiv.

Dass Kunst in diesem Sinne eine hermeneutische Qualität besitzt, ist nicht nur Theorie, sondern Erfahrung. Wer künstlerisch arbeitet oder ein Kunstwerk betrachtet, begegnet in der modernen Kunst in der Regel nicht einer eindeutig festgelegten Bedeutung. Vielmehr zeigt sich, dass Wahrnehmung stets perspektivisch ist. Lohmiller formuliert es radikal: „Jede Wahrnehmung ist richtig.“ Damit meint er jedoch nicht Beliebigkeit, sondern die Einsicht, dass Wirklichkeit nicht einfach abgebildet, sondern stets gedeutet wird. Veränderungen im künstlerischen Feld beginnen häufig mit Irritationen. Lohmiller spricht in diesem Zusammenhang von einer „Störung im System“, die eingeübte Wahrnehmungs- und Denkmuster unterbricht. Was zuvor eindeutig schien, wird hinterfragbar und damit veränderbar. Kunst ist in dieser Perspektive kein harmonisierendes Medium, sondern ein produktiver Störfall. Sie zwingt nicht zur Zustimmung, aber sie entzieht dem Gewohnten sein Fundament.



**Kunst in Pädagogik und Sozialer Arbeit**

Damit wird bereits angedeutet, warum künstlerische Prozesse für pädagogische und soziale Arbeitsfelder von besonderer Bedeutung sind. An der EH Freiburg ist Kunstpädagogik fester Bestandteil der Bachelorstudiengänge Soziale Arbeit und Kindheitspädagogik. Lohmiller weist darauf hin, dass in vielen professionellen Kontexten sprachliche Mittel allein nicht ausreichen: beispielsweise wenn Menschen nur eingeschränkt sprach- oder ausdrucksfähig sind oder weil ihre Wahrnehmung und ihre Erfahrung nur schwer in Worte zu fassen sind. Oder weil aufgrund von Beeinträchtigungen durch Krankheit oder Alter der Ausdruck über Begriffe nur schwer gelingt. Dort gewinnen nonverbale Zugänge an Gewicht. Kunst eröffnet Möglichkeiten der Artikulation, die weder defizitär noch bloß kompensatorisch zu verstehen sind.

„Der künstlerische Prozess ist wichtiger als das fertige Produkt."

Sie schafft vielmehr Ausdrucksformen eigener Qualität. Vielen Kindern ist dieser Zugang vertraut. Sie nutzen gestalterische Prozesse, um sich die Welt anzueignen, lange bevor sie über differenzierte sprachliche Mittel verfügen. Jugendliche finden in künstlerischen Ausdrucksformen Möglichkeiten, Identität zu erproben, sich abzugrenzen und eigene Codes zu entwickeln. Für Erwachsene sind künstlerische Ausdrucksformen ein Mittel, ihr Leben oder bestimmte Lebensumstände ohne Worte oder auch metaphorisch zu bearbeiten.

Die Kunstpädagogik an der EH Freiburg setzt bewusst bei der Selbsterfahrung und -reflexion an. Die Studierenden sollen lernen, wie sich ästhetische Prozesse anfühlen, welche Widerstände sie enthalten und welche Erkenntnismöglichkeiten in ihnen stecken. Es geht nicht in erster Linie darum, wie man „etwas Schönes macht". Der künstlerische Prozess ist wichtiger als das fertige Produkt. Entscheidend ist, dass unter vergleichbaren Ausgangsbedingungen individuelle Lösungen entstehen. Gerade darin zeigt sich, dass ästhetische Bildung nicht auf Vereinheitlichung, sondern auf Differenz zielt. Wer erlebt, dass andere aus derselben Aufgabe heraus zu völlig anderen Ergebnissen gelangen, macht eine pädagogisch weittragende Erfahrung. „Werkstattlernen", wie Lohmiller es beschreibt, ist deshalb mehr als eine Organisationsform. Beim Nebeneinanderarbeiten sehen die Studierenden: Die anderen arbeiten anders, sehen anders, lösen anders – und darin liegt eine hermeneutisch relevante Einsicht. Angehende Fachkräfte der Sozialen Arbeit und der Kindheitspädagogik lernen, dass Lebenslagen zwar beschreibbar sein mögen, Lebenswelten jedoch nur in Annäherung zugänglich sind. Kunst, die mit Metaphern, Zwischenräumen und offenen Bedeutungen operiert, schult diese Sensibilität.

„Die Studierenden lernen etwas, das für ihre spätere Praxis zentral ist: Übersetzungsarbeit."

Hinzu kommt eine zweite Erfahrung, die für pädagogische Prozesse von zentraler Bedeutung ist: die Selbstwirksamkeit. Wer künstlerisch arbeitet, erlebt sich nicht als reiner Rezipient, sondern als Handelnder. Lohmiller bringt dies auf die einfache Formel: „Sei Produzent statt Konsument." Künstlerisches Arbeiten verändert die eigene Perspektive. Diese Botschaft möchte er seinen Studierenden mitgeben: Kunstpädagogik schafft einen Raum, in dem Menschen die Erfahrung machen, ganz sie selbst sein zu dürfen und dass darin kein Mangel, sondern ein Ausgangspunkt für Entwicklung liegt. Wie sehr dies in der Praxis zutrifft, zeigt sich auch daran, dass während der künstlerischen Tätigkeit die Smartphones freiwillig in der Tasche bleiben und die Lernenden berichten, wie sehr sie die Intensität der Zeit genießen.

Offene Prozesse wie dieser konfrontieren die Beteiligten mit Unsicherheit. Auch darin liegt ihr Bildungswert. Kunst ist kein linearer Weg von der Aufgabe zur Lösung. Wer in komplexen sozialen Situationen arbeitet, muss Mehrdeutigkeiten, Brüche und Vorläufigkeiten aushalten können. Lohmiller spricht hier von „Ambiguitätstoleranz". Kunstpädagogische Prozesse fördern diese Fähigkeit, da sie keine sofortige Eindeutigkeit verlangen, sondern das Aushalten des Offenen.

**Kunst wirkt in die Gesellschaft**

Von hier aus lässt sich auch die gesellschaftliche Dimension erfassen. Kunst verändert die Gesellschaft nicht, indem sie Handlungsanweisungen formuliert oder komplexe politische Prozesse ersetzt. Ihre Wirkung ist indirekter und setzt früher an: in der Wahrnehmung, im Deuten und in der Fähigkeit, sich andere Sichtweisen zu erschließen. In diesem Sinne ist Kunst ein Medium gesellschaftlicher Öffnung.

Kunst regt zum Nachdenken an, hinterfragt und kann Debatten anstoßen. Kunstschaffende sind so gesehen auch Forschende an gesellschaftlichen Phänomenen, sagt Lohmiller. Das verbindet künstlerische Zugänge mit dem Profil der Hochschule, Kommunikation und neue Perspektiven werden durch Transfer und öffentliche Interventionen in Kitas, Schulen, Jugendzentren etc. sichtbar und gestaltbar.

Besonders deutlich zeigt sich diese Dimension dort, wo Kunst den Schutz des Seminarraums verlässt und in die Gesellschaft hineinwirkt. Lohmiller initiiert seit 24 Jahren Projekte im öffentlichen Raum der Stadt Freiburg, etwa auf dem Platz der Alten Synagoge oder am Stühlinger Kirchplatz. Auch die Zusammenarbeit mit Praxispartnern gehört in diesen Zusammenhang: Sie schafft Räume, in denen künstlerische Prozesse in konkrete soziale Kontexte hineinwirken können. Die Idee dahinter beschreibt Lohmiller als „produktive Einmischung". Gemeint ist damit die bewusste Verlagerung von Themen, Fragen und Erfahrungen in die Öffentlichkeit. Diese Projekte sind mehr als bloße Ausstellungen. Sie sollen von den Menschen nicht einfach betrachtet werden, sondern sie „verwickeln": in Gespräche, in Reaktionen, in eigene Stellungnahmen. Kunst erscheint hier als Praxis des Sichtbarmachens und der Beteiligung. Zugleich lernen die Studierenden etwas, das für ihre spätere Praxis zentral ist: Übersetzungsarbeit. Sie erfahren, dass gute Ideen und wissenschaftliche Reflexion allein nicht genügen, wenn sie in einem Code formuliert bleiben, der außerhalb akademischer Kontexte kaum verstanden wird.

„Pädagogik ist die Kultivierung von Geduld", sagt Lohmiller einmal im Gespräch. Kunst, so könnte man ergänzen, ist eine ihrer anspruchsvollsten Übungsformen. Denn wer gestalterisch arbeitet, kann Ergebnisse nicht erzwingen. Er oder sie muss sich auf den Prozess einlassen, Unsicherheiten aushalten und darauf vertrauen, dass etwas Gelingendes entsteht. In einer Zeit, die auf Beschleunigung, Vereinfachung und sofortige Reaktion eingestellt ist, ist vielleicht gerade das ihre besondere gesellschaftliche Relevanz: Kunst lehrt, dass Verstehen Zeit braucht und Veränderung ebenso.

Protokoll: Melanie Geppert

# DIE GROSSE FRAGE




# ASYLRECHT: WAS IST JETZT NOTWENDIG?

Constantin Hruschka warnt vor möglichen Folgen der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) im Inland, deren Regelungen seit Juni 2026 EU-weit gelten. Der Professor für Sozialrecht an der EH Freiburg plädiert dafür, Menschen, die kommen und Schutz suchen, als Menschen zu sehen, die potenziell Schutz brauchen, und nicht als Menschen, die potenziell abzuschieben sind.

In der Migrationspolitik haben wir einen doppelten Reformprozess: Das eine ist eine Änderung beim Asylverfahren, die deutlich stärker als bisher auf Kontrolle sowie auf Bewegungseinschränkungen und Freiheitsentzug schon während des Verfahrens setzt. Vordergründig geschieht das, um Asylverfahren zu beschleunigen und Asylsuchende abzuschrecken. Das wird sichtbar in der Betonung von verschärften Verfahren an den Außengrenzen der EU und in der Kooperation mit Drittstaaten, beides im Kern eine Verantwortungsabwehr. Das andere ist der starke Fokus auf Abschiebungen und die sogenannte „Durchsetzung der Ausreisepflicht". Wesentlich dabei ist der offizielle Fall der „Brandmauer": Das EU-Parlament hat mit Stimmen der EVP, zu der auch die Union gehört, und der drei rechtsextremen Fraktionen ein neues Rückführungsgesetz beschlossen. Es zielt darauf, den Staaten Abschiebungen zu erleichtern, und sieht vor, dass sich die Außenpolitik auf den innenpolitischen Zweck von Migrationskooperation mit Drittstaaten ausrichten soll. Das wird die Art, wie Abschiebungen gehandhabt werden, verändern.

Im April 2026 zeigte sich der deutsche Innenminister sehr stolz darauf, dass er ein Flugzeug mit 20 Straftätern nach Afghanistan geschickt und dafür in Kauf genommen hat, zur Identifikation der Personen und Ausstellung von Passersatzpapieren mit dem islamistisch-fundamentalistischen Regime zusammenzuarbeiten und damit quasi die Taliban anzuerkennen. Ganz im Sinne des EU-Parlaments: weniger Rechtsstaatlichkeit, wenn dies dazu beiträgt, dass Personen abgeschoben werden können. Eine weitere Dimension dieses Veränderungsprozesses wurde Ende April deutlich, als das Verwaltungsgericht Koblenz deutsche Grenzkontrollen an der deutsch-luxemburgischen Grenze für rechtswidrig erklärte und dazu ausführte: Die Überforderung, die immer wieder als Begründung für eine restriktivere Migrationspolitik ins Feld geführt wird, sei im Grunde zu großen Teilen hausgemacht. Denn die Verwaltung sei durch zu häufige Rechtsänderungen im Migrationsrecht überlastet.

Die Rechtsänderungen sollen Handlungsfähigkeit beweisen, zeigen aber tatsächlich Hektik und Planlosigkeit. Sie sind im Wesentlichen symbolisch, wie auch die rechtswidrigen Grenzkontrollen: Wir haben in Deutschland keine lückenlosen Grenzkontrollen, aber einen enormen Überstundenaufbau bei der Bundespolizei, bei den beteiligten Behörden. Opfer der Grenzkontrolle an den Binnengrenzen sind die europäische Einigkeit und der sinnvolle Personaleinsatz.

Die Symbolpolitik führt zu einem Widerhall in der Bevölkerung: Personen, die sich im Flüchtlingsbereich ehrenamtlich engagieren, werden immer stärker kritisch beäugt und beschimpft. Sie stehen schnell im Verdacht, quasi unbegrenzt Personen aufnehmen oder „Messerstecher" unterstützen zu wollen. Die Solidarität und das ehrenamtliche Engagement in der Bevölkerung lassen nach, was wiederum die Überforderung der Behörden erhöht. Denn beides war eine Grundbedingung dafür, dass die Aufnahme nach 2015 funktionierte. Jetzt sind durch die negativen Narrative der Politikbetrieb und die Bevölkerung voneinander getrennt. Die Sinnhaftigkeit von Engagement wird in Abrede gestellt, indem die sogenannte Migrationswende beziehungsweise der Veränderungshype zur Krisenüberwindung hochstilisiert wird.

Wir haben schon seit 2016 eine Migrationswende. Das Einzige, was die politischen Akteure jetzt anders machen, ist, noch härter vorzugehen und ständig von Wende zu reden. Allerdings wird es, je mehr unwirksame Maßnahmen es gibt, immer schwieriger. Ein Beispiel: Mit der neuen Regelung zum Ausschluss aller Sozialleistungen für Personen, für die ein anderer europäischer Staat zuständig ist, werden diese Menschen gänzlich vom Leistungsbezug ausgeschlossen, auch wenn sie noch in Deutschland sind. Das wurde nach dem Attentat von Solingen im August 2024 beschlossen und im Rahmen der Umsetzung der GEAS-Reform verschärft. Unser Grundgesetz und das europäische Recht verlangen aber zur Sicherung der Menschenwürde zumindest die Gewährleistung des Existenzminimums, das heißt ein Dach über dem Kopf und die Befriedigung grundlegender menschlicher Bedürfnisse. Das bestätigen die zuständigen Sozialgerichte, weshalb es eine große Anzahl von Gerichtsentscheidungen gibt, die die Behörden verpflichten, Leistungen zu

gewähren. Die Regelung bringt also sehr viel Arbeit für die Behörden und Gerichte. Die Politik beharrt trotz der klaren Rechtsprechung weiterhin darauf und die Behörden werden zu einer rechtswidrigen Praxis angehalten. Ob eine betroffene Person Leistungen erhält, hängt im Wesentlichen davon ab, ob sie die entsprechende Beratung und Unterstützung hat. Die Menschenwürde steht in der Praxis also unter dem Vorbehalt einer vorhandenen Unterstützung. Die Folge: Niemand kann mehr rechtssicher agieren. Es werden immer Expert*innen gebraucht, die die Norm erklären – und warum sie nicht angewendet werden darf. Das betrifft viele Bereiche des Migrationsrechts, denn die politischen Aushandlungsprozesse und deren symbolische Ergebnisse werden nicht bereinigt, selbst wenn die Praxis klar rechtswidrig ist. Obwohl ich die Reform des GEAS aus menschenrechtlicher Sicht für einen großen Rückschritt halte, hatte ich die Hoffnung, dass sie einen festen Rahmen bietet.

Die extremen Rechten, denen die Migrationsdiskussionen vorrangig nützen, werden in ihren Forderungen immer radikaler, da sie zu Recht das Gefühl haben, dass die Regierung aus Angst vor dem behaupteten „Volksempfinden" ihre Forderungen erfüllt. Damit können sie das Scheitern der Ideen der Regierung anlasten und selbst weitergehende Forderungen stellen. In dieser Logik ist es kein Zufall, dass der Innenminister schon vor Inkrafttreten der GEAS-Reform im Juni weiteres Nachverhandeln verlangte. Der Dschungel von sich zum Teil widersprechenden Normen, die zudem eine echte Veränderung ausschließen, wird immer tiefer. Zugleich sind die Regelungen im Inland so unklar, dass die Bundesländer unterschiedliche Asylpolitik durchführen können. Es kann aber nicht das Ziel unseres Rechtsstaats sein, mit Migrant*innen unterschiedlich umzugehen.

Ein Ausweg aus der Änderungsspirale wäre eine Entschlackung des jetzigen Rechts. Wir brauchen keinen Änderungsprozess, sondern das Festhalten eines verständlichen Status quo. Der Staat ist in der Pflicht, die Verfahren und Kriterien, die er anwendet, zu erklären.

Wir müssen uns zudem mit dem Faktor Empathie in der Asylthematik befassen. Empathie ist das Fundament jeglichen Grundrechts. Asylsuchende als potenziell gewalt- und straftätig werdend zu labeln – wie momentan oft im politischen Diskurs – hat nichts mit der zentralen Aufgabe des Asylsystems zu tun, Schutzbedarf zu definieren und Schutz zu ermöglichen. Wenn das Asylsystem glaubwürdig sein und funktionieren soll, dann muss der Fokus auf dem Schutz, den die Personen brauchen, liegen. Dafür müssen jeweils das Einzelschicksal und Herkunftsländerinformationen eingeschätzt werden, also zwei Faktoren, auf die ein Staat schlecht Zugriff hat. Aber dies wäre immer noch viel einfacher, als ständig neue Verfahrensregeln, Verträge mit Drittstaaten oder die Ausrichtung von Außenpolitik zu verhandeln. Wir müssen die Menschen, die kommen und sagen, sie brauchen Schutz, als Menschen sehen, die potenziell Schutz brauchen, und nicht als Menschen, die potenziell abzuschieben sind.

Noch ein Wort zur abschreckenden Wirkung von Migrationsgesetzen: Menschen machen ihr Migrationsziel nicht zuvorderst von der Rechtslage, sondern von persönlichen Bindungen und ihrem Bild von einem Land abhängig. Die Frage ist: Will Deutschland lieber negativ dastehen oder ist es als stark vom Außenhandel abhängiges Land und mit Blick auf den Fachkräftebedarf gut beraten, für ein positives Image zu sorgen? Der letztgenannte Aspekt schafft es schon regelmäßig in die Medien, aber nicht so prominent, wie ich es mir in Hinblick auf die wirtschaftliche Perspektive unseres Landes wünschen würde – zusätzlich zu den Belangen, die ich als Asylrechtler betone.

Notwendig ist auch, das Misstrauen abzubauen, das durch ständige Politikwechsel zwischen Behörden untereinander sowie zwischen Zivilgesellschaft und Behörden entstanden ist – nicht zuletzt durch unklares und verdecktes Handeln. Der Staat darf mit Zwang Dinge durchsetzen, beispielsweise wenn sich eine Person nicht an endgültige behördliche Entscheidungen hält. Eine Abschiebepolitik jedoch, die heimlich agiert, ist einer liberalen Demokratie unwürdig. Der Preis für offenes Handeln wären wahrscheinlich weniger Abschiebungen. Aber transparentes Handeln ist wesentlich für den liberalen Rechtsstaat.

Protokoll: Imke Rötger





Ein Gespräch mit Prof.in Dr.in Anke Stallwitz

# Die Polarisierung überwinden

Die Professorin für Sozialpsychologie an der EH Freiburg eröffnet durch ihre Forschung immer wieder neue Perspektiven auf die hiesige und auch auf internationale Drogenszenen. Im Gespräch ordnet sie die von der Politik forcierte Diskussion über die Cannabis-Teillegalisierung ein und zeigt Maßnahmen auf, die aus wissenschaftlicher Sicht sinnvoll sind.

**ev.olve: Stimmen aus der CDU fordern immer wieder das Ende der Cannabis-Teillegalisierung und beziehen sich dabei auf Evaluationen zu der Entwicklung seit Inkrafttreten des Gesetzes (CanG) im April 2024. Wie schätzen Sie diese Ansätze ein?**

Anke Stallwitz: Mit dem Thema hat die CDU/CSU bereits zur Bundestagswahl 2025 Wahlkampf gemacht. Und auch danach nutzt sie diese scheinbar einfache Gegenüberstellung von Positionen: Verbieten statt Legalisieren. Doch abgesehen davon, dass die SPD da nicht mitmachen würde, kann das Gesetz nicht von heute auf morgen abgewickelt werden. Auch können den Anbauvereinigungen nicht einfach die Lizenzen wieder entzogen werden, denn das würde wahrscheinlich zu einem Anspruch auf Entschädigung führen und das wäre problematisch für eine Regierung.

Es gibt keinen Grund, das Forschungsprojekt zur Evaluation des Konsumcannabisgesetzes, kurz EKOCAN, das vom Bundesministerium für Gesundheit in Auftrag gegeben wurde, nicht bis zum Ende abzuwarten. Die bisherigen Erhebungen ergeben keinerlei Anzeichen für einen Handlungsbedarf. Das sagten die Forschenden im ersten Zwischenbericht im Herbst 2025 und ebenso im zweiten im Frühjahr 2026. Die Evaluation läuft bis April 2028 und dieser Zeitraum über vier Jahre ist sinnvoll, um eine Veränderung wahrnehmen zu können. Oft beziehen sich Positionen, die die Rücknahme des Gesetzes fordern, auf die vermeintlich steigende Konsumierendenzahl und auf das Narrativ, dass aufseiten der Polizei keine Erleichterung zu verspüren sei. Hier die Zwischenberichte des Forschungsprojektes heranzuziehen, ist hilfreich: Demnach haben sich die Konsumierendenzahlen bisher kaum verändert. Zudem sind cannabisbezogene Delikte, insbesondere konsumnahe Delikte, massiv zurückgegangen. Statt in politisch motivierte Scheindiskussionen zu gehen, sollten der Evaluation und weiterer Forschung mehr Raum und Aufmerksamkeit gegeben werden.

**In der Diskussion geht es oft vorrangig um die konträren Positionen „Legalisieren" und „Verbieten". Wie beurteilen Sie das?**

Die Diskussion ist meist polarisiert und auch die Handlungsmöglichkeiten werden oft polarisiert aufgezeigt. Insbesondere Menschen, die Legalisierungsmodelle kritisch sehen, stellen häufig dar, dass Legalisierung ungebremsten Zugang zu einer Substanz bedeuten würde: so viel, wie man will, alle und überall. Doch es sollte nicht um Legalisieren oder Verbieten, nicht um ein Entweder-oder gehen. Es sollte stets um die Ausgestaltung der konkreten Regulierungsansätze gehen.

Regulierungsmodelle unterscheiden sich in verschiedenen Aspekten. Einer ist etwa der Vertrieb: kommerziell oder nicht beziehungsweise in welchem Grad? Betrachten wir Länder, in denen Cannabis legalisiert wurde, haben wir Beispiele für ganz unterschiedliche Modelle. Uruguay verfolgt ein Modell der staatlich regulierten Marktwirtschaft: viele Vorgaben seitens des Staates, Abgabe über Apotheken von Cannabis

mit festgelegtem, im internationalen Vergleich geringerem THC-Wert. Demgegenüber steht vor allem in einigen US-Bundesstaaten ein sehr kommerzieller Vertrieb bei mehr oder weniger bis keiner THC-Begrenzung. Und in Kanada ist der Cannabisvertrieb etwas stärker reguliert als in den USA, aber doch sehr viel kommerzieller als in Uruguay. Es gilt in Bezug auf alle Arten von Drogen, die unterschiedlichen Modelle in all ihren Aspekten genau zu betrachten, zu vergleichen und das hiesige Modell weiterzuentwickeln – durch Forschung informiert und politisch pragmatisch. Welche Form von Regulierung ist in Deutschland denkbar? Welches Modell führt hier dazu, dass die Konsumierendenzahlen nicht hochgehen, zu Schadensbegrenzung und zu guten Public-Health-Ergebnissen? Welches Modell unterstützt Zugang zu verschiedenen Konsumierendengruppen und integriert auf welche Weise Aufklärung? Welches ermöglicht auch Zugang zu Minderjährigen, die konsumieren?



**Gibt es aus Ihrer Sicht als Drogenforscherin etwas, das man bei der Regulierung in Deutschland stärker in den Blick nehmen sollte?**

Als Hauptansatz auf Anbauvereinigungen zu setzen – das sind in der Regel gemeinnützige und von Behörden genehmigte Organisationen, die Cannabis anbauen und an ihre Mitglieder ausgeben – und auch den Eigenanbau zu erlauben, halte ich nicht für sinnvoll. Beides ist schwer regulierbar beziehungsweise überprüfbar im Hinblick darauf, ob die gesetzlichen Regularien eingehalten werden. Übrigens haben inzwischen sehr viele Menschen, die konsumieren, angefangen, Cannabis anzubauen.

Ich halte dagegen Cannabisfachgeschäfte für sinnvoll, in denen definierte Mengen Cannabis mit bestimmten THC-Werten an benannte Gruppen abgegeben werden. THC ist das Kürzel für Tetrahydrocannabinol und das ist der psychoaktive Wirkstoff der Cannabispflanze. An diesem Cannabis gibt es einen hohen Bedarf bei den Erwachsenen hierzulande, da die Menschen ihr Cannabis nicht illegal beziehen wollen. Das ist ein Ergebnis unserer KonCanG-Studie, mit der Auswirkungen des Cannabisgesetzes (CanG) in Deutschland untersucht wurden. Sie ist ein gemeinsames Projekt der Frankfurt University of Applied Sciences und der Evangelischen Hochschule Freiburg. Dieselben Ergebnisse hat auch bereits die Evaluationsstudie EKOCAN gezeigt. Eine weitere legale Quelle für Cannabis ist der Bezug über Telemedizin-Plattformen und Online-Apotheken, über die sehr viele Freizeitkonsumierende medizinisches Cannabis beziehen können. Da sind unglaublich viele Sorten in jeder gewünschten Potenz erhältlich. Hier plädiere ich dafür, dass viel klarere Regeln implementiert werden und deren Einhaltung überprüft wird, allerdings nicht, ohne eine Alternative zu bieten, da die Menschen sonst auf den Schwarzmarkt zurückgehen würden. Deshalb sollten gleichzeitig Fachgeschäfte für Cannabis eingerichtet werden. Dann wäre wieder klar: Medizinisches Cannabis bekommen nur Menschen, die medizinischen Bedarf haben, und sie beziehen es über Apotheken und über den Arzt oder die Ärztin. Freizeitkonsumierende bekommen ihr Cannabis über Fachgeschäfte.

**Wenn wir von Regulation nicht allein hinsichtlich Cannabis, sondern bezogen auf alle Drogen sprechen: Was wäre einerseits hilfreich für Konsumierende und andererseits für Fachkräfte in der Sozialen Arbeit?**

In Modellprojekten kann man überprüfen, wie sich die Abgabe von Originalstoff – also gerade nicht synthetischen Drogen – auswirkt. Das sollte deutlich mehr genutzt werden. Die Heroinstudie, das bundesdeutsche Modellprojekt zur heroingestützten Behandlung Opioidabhängiger, die vom Zentrum für Interdisziplinäre Suchtforschung am Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf geleitet wurde, hat zum Beispiel verglichen, wie sich Originalstoffheroin als Substitut für Straßenheroin im Vergleich zu Methadon auswirkt. Die Gruppe, die Originalstoffheroin bekommen hat, hat deutlich positiver hinsichtlich Gesundheits- und sozioökonomischer Stabilisierung sowie Kriminalitätsreduktion abgeschnitten. Das Verfahren kann man auf alle Substanzen anwenden, von denen Menschen abhängig sein können und aufgrund dessen sie Hilfe suchen. Die Abgabe von Opioiden oder auch Stimulantien wirkt nicht nur auf der pharmakologischen oder physischen Ebene. Sondern sie hat auch Auswirkungen auf der sozialen und psychischen Ebene sowie insbesondere auf die psychosoziale Betreuung: Kriminalität entfällt, die Menschen können in die soziale und medizinische Versorgung gebracht werden, Fachpersonen, die mit Konsumierenden arbeiten, bekommen auf einfachere Weise Zugang und können Menschen in Hilfesysteme einbinden. Die Originalstoffabgabe von Substanzen, die auf dem illegalen Markt gekauft werden, dient darüber hinaus der Entstigmatisierung. Menschen gerade nicht über ihren Konsum zu definieren, ist ein weiteres Feld, das ebenfalls verstärkt angegangen werden sollte.

Und drittens: Wenn man in Konsumräumen verschiedene Substanzen anbietet, hat das ähnliche Auswirkungen wie die Originalstoffabgabe. In Drogenkonsumräumen, also Einrichtungen, die einen risikominimierenden Konsum illegaler Drogen außerhalb der Öffentlichkeit ermöglichen, können Fachkräfte mit konsumierenden Menschen in Kontakt kommen, sie in die Hilfeangebote einbinden und ihnen, falls sie überdosieren, helfen.

**Gelangen solche Erkenntnisse aus der Forschung hinreichend in die Politik und Öffentlichkeit?**

Es gibt immer wieder Anhörungen. Beispielsweise wurden und werden im Zusammenhang mit dem Cannabisgesetz Expert*innen explizit von Politiker*innen eingeladen und befragt. Insbesondere weniger restriktive Parteien sind nach meiner Erfahrung offen gegenüber Forschungsergebnissen und interessiert an Regulierungsmodellen anderer Länder. Politiker*innen haben auch eine Verantwortung für die Wahrnehmung des Themas in der Öffentlichkeit. Erhebungen zeigen, dass sich mit der aktuellen Bundesregierung bestimmte Haltungen in der Bevölkerung verändert haben: Zwar ist immer noch mehr als die Hälfte der Bevölkerung für das Cannabisgesetz, doch die Zustimmung zu Fachgeschäften beispielsweise, ist signifikant zurückgegangen seit dem Regierungswechsel im Jahr 2025.

**Sie arbeiten und forschen seit langem zur Drogenthematik: Hat sich Ihre Einschätzung in den letzten zehn Jahren verändert?**

Im Cannabisbereich haben sich Positionen bei mir weiterentwickelt. Ursprünglich kam ich eher aus der Opioid-Forschung. Inzwischen befasse ich mich intensiv auch mit der Cannabisregulation in unterschiedlichen Ländern; es interessiert mich sehr, die Veränderung zu beobachten und teilweise auch mitzugestalten. So bin ich Teil des prohibitionskritischen Expert*innen-Netzwerks Schildower Kreis, der zum Cannabisgesetz eine Stellungnahme geschrieben hat, die von der Regierung auf der entsprechenden Internetseite zum Cannabisgesetz des Bundesministeriums für Gesundheit publiziert wurde.

Seit ich an der EH Freiburg Professorin bin – seit 2020 –, konnte ich anderthalb Jahre im Ausland forschen; auch das hat mich fachlich sehr geprägt. Zunächst habe ich in Vancouver eine Studie über Gewalt in Drogenverkaufssituationen durchgeführt, danach in Stockholm eine Studie zu Gewalt gegen Frauen in der Drogenszene. Bei beiden habe ich mit Peer-Forschenden zusammengearbeitet, also Personen, die selbst Drogen konsumieren oder verkaufen oder beides. Diese Erfahrungen haben mein Denken über Drogenforschung neu strukturiert. Sie haben mir nahegebracht, wie wichtig peer-involvierte Forschung und wie effektiv peer-involvierte Intervention und Prävention sein kann, was in Deutschland bisher nur zu einem geringen Ausmaß genutzt wird.

In den letzten Jahren ist es mir wichtiger geworden, dass Forschung stets weiter fragt und auch Fragen stellen muss, selbst wenn diese unbequem sind. So ist es etwa in der Drogenthematik zentral, nicht immer nur darauf zu schauen, ob der Konsum nach oben geht, sondern alle Aspekte einzubeziehen bis hin zu den Auswirkungen auf die öffentliche Gesundheit, auf die Gesellschaft insgesamt. Zum Beispiel gab es in Kanada kurz nach der Legalisierung in bestimmten Bevölkerungsgruppen leichte Verschiebungen vom Alkoholkonsum zum Cannabiskonsum. Falls es in Deutschland auch eine solche Verschiebung geben sollte, dann sollte man sich Fragen öffnen wie: Ist das per se etwas Schlechtes? Oder könnte es unter bestimmten schadensminimierenden Konsumbedingungen aus einer Public-Health-Perspektive wünschenswert sein, wenn es eine gewisse Verschiebung von Alkohol zu Cannabis gäbe? Diese Frage sollte nicht moralisch beantwortet werden, sondern die Entwicklung im Hinblick auf die realen Auswirkungen sollte analysiert, über die Vor- und Nachteile beziehungsweise Risiken pragmatisch und wissenschaftlich informiert und diese gegeneinander abgewogen werden. Ich bin überzeugt, dass wir allen Fragen nachgehen müssen, die mit Drogenkonsum zu tun haben, um die erfolgreichsten Wege der Drogenpolitik zu erforschen.

Interview: Imke Rötger

Berufspraxis schon während des Studiums:

# PROFESSIONALITÄT ENTWICKELN

Das Studium an der EH Freiburg ist eng mit der Berufspraxis verzahnt. Die Praxisämter begleiten Studierende, Praxiseinrichtungen und Lehrende und schaffen den Rahmen dafür, dass aus Praxiserfahrung fachliche Orientierung und professionelle Handlungskompetenz werden.
Wir haben mit Dagmar Hensel-Gebhard, Leitung Praxisamt und Studienfachberatung, und Prof.in Dr.in Isabelle Ihring, praxisbeauftragte Professorin und Modulbeauftragte für u. a. die Module Praxis Sozialer Arbeit und Entwicklung professioneller Identität, beide im Studiengang Bachelor Soziale Arbeit, gesprochen.



Isabelle Ihring

**ev.olve: Was lernen Studierende der Sozialen Arbeit in den Praxisphasen, was sich im Seminar allein nicht vermitteln lässt?**
Isabelle Ihring: Die Studierenden kehren aus dem Praxissemester mit weitreichenden Erfahrungen darüber zurück, wie Soziale Arbeit im Alltag aussieht. Diese helfen, Brücken zwischen Theorie und Praxis zu schlagen: etwa bei der Anwendung rechtlicher Grundlagen, bei den Folgen von (Mehrfach-)Diskriminierungen für den Lebensalltag der Menschen oder bei politischen Sparmaßnahmen und ihren Auswirkungen auf Benachteiligte. Im Praxissemester wird für die Studierenden greifbar, wie komplex Problemlagen sind und dass es für die Lebenssituationen der Menschen meist keine einfachen Antworten gibt. Auf diesen Erfahrungen aufbauend, fällt es ihnen leichter zu verstehen, warum wir Theorien und Methoden brauchen, um solche Zusammenhänge zu analysieren, und dass der Rückgriff auf unsere Bezugsdisziplinen – beispielsweise Psychologie, Pädagogik, Soziologie oder Ethik – unverzichtbar ist.

**Woran merken Sie, dass Studierende im Praxissemester einen wichtigen Entwicklungsschritt machen – fachlich, persönlich oder im professionellen Selbstverständnis?**
Isabelle Ihring: Ich stelle fest, dass die Studierenden nach ihrem Praxissemester deutlich mehr hinterfragen und reflektieren – etwa ihre Biografie oder ihren Blick auf Adressat*innen. Sie diskutieren verstärkt ihre Rolle als Sozialarbeitende und auch, wie sie mit ihrer Macht in dieser Rolle professionell und bewusst umgehen müssen. Überdies bringen sie ein geschärftes Bewusstsein dafür mit, wie häufig Menschen an vermeintlich allgemeingültigen Normen gemessen werden und welche Folgen das für jene hat, die diesen Normen nicht entsprechen. Eng damit verbunden ist die Fähigkeit, eigene Normen, Werte und Bewertungen zu reflektieren, damit Menschen ihre eigenen Wege verfolgen können, möglichst ohne sie zu beurteilen. Die Praxisphase macht erfahrbar, wie grundlegend diese Reflexionsfähigkeit für eine professionelle Haltung und professionelles Handeln in der Sozialen Arbeit ist.

**Welche Rolle spielt das Praxisamt dabei, dass aus Praxiserfahrung Professionalität entsteht?**
Dagmar Hensel-Gebhard: Das Praxisamt ist vor, während und nach dem praktischen Studiensemester Ansprechstelle für Studierende, Begleitprofessor*innen, Praxisstellen und Anleitende. Zur Sicherung fachlicher Standards liegt jedem Praktikum ein Lernziel- und Kompetenzkatalog zugrunde; die Anleitung übernehmen berufserfahrene Fachkräfte aus der Sozialen Arbeit. Bereits ein Jahr vor dem Praxissemester biete ich Informationsveranstaltungen und individuelle Beratungsgespräche an, um eine möglichst gute Passgenauigkeit zwischen den Erwartungen der Studierenden und den Bedingungen in der Praxisstelle zu erreichen. Bei unserer jährlichen Praxisstellenbörse kommen Studierende mit Sozialarbeiter*innen aus der Praxis ins Gespräch, können sich über Praxisstellen und Lernfelder informieren. Während des Praktikums besuchen die Studierenden praxisbegleitende Lehrveranstaltungen, um Theoriewissen und Praxiserfahrung zu verzahnen. Zusätzlich werden sie von externen zertifizierten Supervisor*innen begleitet. Mit ihnen können sie ihre Erfahrungen reflektieren und an ihrer professionellen Habitusbildung arbeiten. Tauchen im Praktikum Schwierigkeiten auf, moderiere ich gemeinsam mit den Begleitprofessor*innen die Situation, damit das Praktikum gut fortgeführt werden kann.

Für neue Anleitende bieten wir ein Treffen an, um sich über Anforderungen und gelingenden Kompetenzerwerb auszutauschen. Später folgt ein Anleitendentreffen mit Fokus auf ein praxisrelevantes Thema, etwa Nähe und Distanz in professionellen Beziehungen, Klassismus und seine Bedeutung für die Soziale Arbeit oder aktuelle Entwicklungen im Asylrecht. Und natürlich sind Austausch und Rückmeldungen an die Hochschule möglich und erwünscht. Zur fachlichen Begleitung gehört ein Praxisbesuch der Begleitprofessor*innen in den Einrichtungen. Themen und Wünsche, die dabei von den Anleitenden benannt werden, bündelt Isabelle Ihring und bringt sie in den Fachbereich Soziale Arbeit ein.

**Wie gelingt es, Theorie, Praxiserfahrung und Reflexion so zu verbinden, dass Studierende ihren eigenen professionellen Standpunkt entwickeln?**
Isabelle Ihring: Eine zentrale Aufgabe der Lehre besteht darin, Räume zu schaffen, in denen Theorie, Praxiserfahrung und Reflexion miteinander verbunden werden. Sie ermöglichen es, unterschiedliche Perspektiven auf komplexe Situationen zu beleuchten, ohne vorschnell eine davon als „richtig“ oder „falsch“ auszuzeichnen. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Arbeit mit Fallbeispielen aus den Praxiserfahrungen der Studierenden. An ihnen lassen sich die Widersprüchlichkeiten sozialen Handelns, die Vielschichtigkeit sozialer Wirklichkeiten sowie daraus entstehende Spannungsfelder und Dilemmasituationen reflektieren. Ein weiteres Ziel ist es, eine respektvolle Sprechfähigkeit zu entwickeln: eine eigene Perspektive zu vertreten und zugleich andere Sichtweisen stehen lassen zu können. Das ist nicht nur kommunikative Kompetenz, sondern auch Ausdruck professioneller Haltung.

**Was wünschen Sie sich von Praxiseinrichtungen, damit Studierende dort gute Lernorte vorfinden?**
Dagmar Hensel-Gebhard: Für unsere Studierenden wünsche ich mir, dass sie im praktischen Studiensemester von motivierten, berufserfahrenen Fachkräften der Sozialen Arbeit angeleitet werden, die dafür genügend Zeitressourcen haben. Die Anleitenden sollten fördern und fordern, ohne zu überfordern, und die Studierenden je nach individuellem Lernfortschritt in die berufliche Praxis integrieren. Wünschenswert ist zudem eine lebensbedarfsorientierte Praktikumsvergütung, die leider nicht üblich ist. Studierende müssen daher neben dem Vollzeitpraktikum zusätzlich für ihren Lebensunterhalt jobben.

Interview: Melanie Geppert



Dagmar Hensel-Gebhard

**Das Studium an der Evangelischen Hochschule bereitet sehr gut auf die Arbeitswelt vor.** Der enge Praxisbezug sichert, nicht am Markt vorbei zu studieren. Die drei Praxisämter der Bachelorstudiengänge beraten Studierende, Praxiseinrichtungen, Dozierende und Anleiter*innen. In allen Bachelorstudiengängen sind Praxissemester und weitere Praxisphasen eingebaut. Alle Praxiszeiten werden intensiv begleitet und theoretisch vertieft. Hier wird das am Beispiel des B. A. Soziale Arbeit erläutert.

# Den Rahmen für Kontinuität und Weiterentwicklung schaffen

Seit Mai 2026 ist Alexander Becker Kanzler der EH Freiburg. Der Freiburger Bauingenieur war zuvor für den Landesbetrieb Bundesbau Baden-Württemberg tätig, zuletzt rund fünf Jahre als Beauftragter für den Haushalt. Im Interview spricht er darüber, wie er seine Rolle als Kanzler versteht und warum eine gute Verwaltung weit mehr leistet als funktionierende Abläufe.

**ev.olve: Herr Becker, was hat für Sie den Ausschlag gegeben, Kanzler der EH Freiburg zu werden?**
Alexander Becker: Das Selbstverständnis der Hochschule hat mich von Anfang an angesprochen. Sie will einen konkreten Beitrag zu einer zukunftsfähigen, demokratischen und sozialen Gesellschaft leisten. An dieser Aufgabe mitzuwirken, empfinde ich als ausgesprochen sinnstiftend. Das Mission-Statement „Wir verändern Gesellschaft" bringt für mich auf den Punkt, wofür die Hochschule steht. Zugleich reizt mich die Bandbreite der Aufgaben. Als Kanzler trage ich die Verantwortung für ein gut eingespieltes Verwaltungsteam. Und ohne eine gut funktionierende Verwaltung läuft auch die Hochschule nicht geschmeidig. Hochschulverwaltung ist Serviceleistung – für die Lehrenden und die Studierenden, auch für Kommunen oder Ministerien und für die allgemeine Öffentlichkeit. Eine gut aufgestellte und motivierte Verwaltung ist die Grundlage dafür, dass die Hochschule Lehre, Forschung und Weiterbildung auf hohem Niveau anbieten kann.

**Was haben Sie in den vergangenen Monaten über die EH Freiburg gelernt?**
Zunächst habe ich mir einen Überblick über die Hochschule, ihre Strukturen, ihre Finanzierung und die zahlreichen laufenden Themen verschafft. Gleichzeitig war es mir wichtig, genau zuzuhören und die Besonderheiten der Hochschule kennenzulernen. Eine wichtige Erkenntnis für mich ist: Eine Hochschule funktioniert anders als eine klassische Verwaltung. Entscheidungen entstehen im Zusammenspiel von Beteiligung, fachlicher Selbstständigkeit und unterschiedlichen Verantwortlichkeiten. Diese besondere Struktur muss auch bei Veränderungen mitgedacht werden. Sehr positiv erlebe ich die hohe Bereitschaft vieler Beschäftigter, Verantwortung zu übernehmen und pragmatische Lösungen für ihre Arbeitsvorgänge zu finden.

Überrascht hat mich, wie vielfältig und komplex die Aufgaben einer vergleichsweise kleinen Hochschule sind. Die Anforderungen unterscheiden sich in vielen Bereichen kaum von denen deutlich größerer Einrichtungen, während wesentlich weniger personelle und finanzielle Ressourcen zur Verfügung stehen. Daher ist eine professionelle Ressourcenplanung, Personalentwicklung und der Umgang mit Unsicherheit besonders wichtig.

**Wie verstehen Sie Ihre Rolle als Kanzler unserer Hochschule?**
Als Kanzler vertrete ich die Verwaltung nach innen und außen. Dabei möchte ich vor allem für Verlässlichkeit und guten Service stehen. Die Verwaltung soll die Menschen unterstützen, die an der Hochschule studieren, lehren, forschen und arbeiten.



**Zur Person**
Alexander Becker war seit 2009 für den Landesbetrieb Bundesbau Baden-Württemberg tätig, zuletzt rund fünf Jahre als Beauftragter für den Haushalt mit Schwerpunkt übergreifende Finanzplanung, Haushaltssteuerung und -koordination unter sich wandelnden Anforderungen. Von 2000 bis 2009 war Becker im Universitätsbauamt Freiburg beschäftigt.

Der Kanzler ist Teil des kollegialen Rektorats, zu dem auch die Rektorin, die Prorektorin für Lehre und der Prorektor für Forschung und Transfer gehören. Er ist insbesondere verantwortlich für das Personalmanagement und die Personalführung der Hochschulverwaltung, für Haushalt, Finanzen, Controlling sowie für Gebäudeverwaltung und -management.

Die Arbeitsbereiche reichen von Hochschulbibliothek, Studienberatung, International Office, Fachbereichs- und Studiengangssekretariaten, Prüfungsverwaltung, IT, Haustechnik, Buchhaltung bis Hochschulmarketing. Beispielsweise begleiten die Mitarbeiter*innen der Studiengangssekretariate, der Semesterplanung oder der Prüfungsverwaltung die Studierenden durch ihre gesamte Studienzeit. Sie unterstützen sie dabei, an der Hochschule und in einem neuen Lebensabschnitt gut anzukommen und ihr Studium erfolgreich abzuschließen. Dahinter steht eine klare Haltung: Menschen fördernd zu begleiten.

**Welche Erfahrungen aus Ihren früheren Aufgaben helfen Ihnen heute besonders?**
Meine langjährige Erfahrung in der öffentlichen Verwaltung ist eine gute Grundlage für meine Arbeit als Kanzler der Hochschule. Insbesondere in den Bereichen Haushalt, Finanzen, Organisation, Personalführung und Verwaltungsdigitalisierung ist sie von Vorteil. Mindestens genauso wichtig oder gar noch wichtiger ist für mich, dass ich mit Veränderung umgehen kann, denn die Hochschule muss auf unterschiedlichste Anforderungen reagieren, die politischen, die hochschulpolitischen, jene ihrer Trägerin und auch auf die gesellschaftlichen Erwartungen – alle, die sich auf den Haushalt, auf die Personalentwicklung, die Organisationsentwicklung inklusive Digitalisierung von Verwaltungsprozessen und den datenschutzkonformen Umgang mit KI auswirken. Vor allem nach innen möchte ich Entscheidungen nachvollziehbar machen, Veränderungen pragmatisch umsetzen und dabei die Menschen an der Hochschule mitnehmen.

Interview: Melanie Geppert

# Abschiede aus dem Hochschuldienst

**Dr. Ulrich Rolf**
hat zwei Jahrzehnte lang wesentlich dazu beigetragen, dass die Evangelische Hochschule Freiburg unter wechselnden Herausforderungen einen effizienten und erfolgreichen Hochschulbetrieb sicherstellen konnte.



Als Ulrich Rolf im Jahr 2006 als Verwaltungsdirektor seine Tätigkeit an der EH Freiburg aufnahm, war in der Hochschullandschaft vieles in Bewegung. Die Umstellung auf Bachelor- und Masterstudiengänge, die Absicherung von Studienangeboten, neue Finanzierungsfragen und wachsende Anforderungen an Verwaltung und Infrastruktur prägten die folgenden Jahre. Für den promovierten Volkswirt bedeutete das vor allem eines: verlässliche Rahmenbedingungen für Lehre, Forschung und Weiterbildung zu schaffen.

In seine Amtszeit fielen zentrale Veränderungsprozesse der Hochschule: die notwendige Einführung von Studiengebühren zur Absicherung der Bachelorstudiengänge an Hochschulen in kirchlicher Trägerschaft, die Weiterentwicklung der Forschungsstrukturen, die Digitalisierung von Verwaltungsabläufen sowie der Ausbau der technischen Infrastruktur für digitale Lehre. Hinzu kamen große bauliche Maßnahmen wie 2014 der Neubau des Kubus, 2015 die Neugestaltung des Campus mit den Nachbarinstitutionen und von 2020 bis 2022 die hochschulseitige Steuerung der Generalsanierung des Hauptgebäudes. Auch während der Coronapandemie war es sein zentrales Ziel, den Hochschulbetrieb sicher und verlässlich aufrechtzuerhalten.

Ulrich Rolf wurde 2013 Kanzler und damit Mitglied des kollegialen Rektorats. Die kontinuierliche und transparente Abstimmung vor allem in Finanzfragen zwischen der Hochschule und ihrer Trägerin, der Evangelischen Landeskirche in Baden, war grundlegend dafür, notwendige Entwicklungen auch unter Veränderungsdruck zu gestalten.

Dass Ulrich Rolf die Hochschule nicht nur aus der Perspektive von Zahlen, Strukturen und Zuständigkeiten betrachtete, zeigt sich an seinem Lieblingsort im Gebäude: der Bibliothek im dritten Obergeschoss. „Unser Penthouse“ nannte er sie – mit Blick auf Freiburg, den Schwarzwald und die Vogesen, rundum verglast, mit Terrasse, Bänken, Tischen und Sonnenschirmen. Ein Platz, an dem sichtbar wird, was in den vergangenen Jahren unter seiner Mitwirkung entstanden ist: ein besonders attraktiver Hochschulort in Freiburg-Weingarten.

Alle Texte: Melanie Geppert





**Dr.in Ute Niethammer**
war an der Evangelischen Hochschule Freiburg für die besondere Schnittstelle zwischen der Lehre Angewandter Theologie, liturgischer Praxis und ehrenamtlicher Verkündigung verantwortlich.



Abschied und Einführung: v. li. Kristina Wagner, Rektorin Renate Kirchhoff, Ute Niethammer

Ihr Dienst als Landeskirchliche Beauftragte für die Prädikant*innenarbeit und Leiterin des Prädikant*innendiensts der Evangelischen Landeskirche in Baden begann unter besonderen Bedingungen. Zu Beginn der Coronapandemie mussten Weiterbildung, Austausch und kirchliche Praxis in kurzer Zeit neu organisiert werden. Niethammer konnte dabei auf ihre Erfahrungen im Online-Religionsunterricht zurückgreifen und bot die Weiterbildung der Prädikant*innen sofort per Zoom an. Zugleich veränderte sich in dieser Zeit die Gottesdienstlandschaft spürbar. Viele Gemeinden erprobten neue Formate. In ihren Kursen ermutigte Ute Niethammer dazu, Traditionen verantwortungsvoll aufzunehmen und zugleich kreativ sowie adressat*innenorientiert mit liturgischen Formen umzugehen.

An der EH Freiburg lehrte Ute Niethammer Homiletik und Liturgik im damaligen Bachelorstudiengang Religionspädagogik/Gemeindediakonie. Ihre Lehre war nah an der Praxis: Gemeinsam mit Studierenden entwickelte sie in Seminarprojekten beispielsweise Clips zur jeweiligen Jahreslosung. Sie förderte die theologische und pädagogische Reflexion liturgischen und homiletischen Handelns: mit Worten, Zeichen und religiösen Handlungen individuelle und soziale Realität zu deuten. Es ging ihr um die Kunstfertigkeit, die Themen der Adressat*innen in Form und Sprache zu bringen.

Auch wissenschaftlich griff sie die Bedeutung der Prädikant*innenarbeit auf. In der Studie „Mitten im Leben! Prädikant*innen in der Evangelischen Landeskirche in Baden“ ging sie der Frage nach, welche Rolle die ehrenamtliche Verkündigung im Reformprozess der Landeskirche spielt. Die Ergebnisse zeigen, dass viele Prädikant*innen bereit sind, ihre Kompetenzen weiter zu vertiefen und Verantwortung in der Kirche mitzugestalten.

Zum 1. März 2026 wechselte Ute Niethammer als Superintendentin in den Kirchenkreis Halle-Saalkreis der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland. Auf ihre Zeit in Baden blickt sie gern zurück: „Insgesamt: Diese Stelle ist eine der schönsten innerhalb der Badischen Landeskirche, finde ich!“

Ihre Nachfolge hat **Kristina Wagner** übernommen. Seit dem 1. März 2026 leitet sie die Prädikant*innenarbeit in der Evangelischen Landeskirche in Baden und lehrt im Bachelorstudiengang Religion und Soziales an der EH Freiburg. Sie studierte in Wuppertal, Montpellier und Heidelberg, war seit 2015 Gemeindepfarrerin in Markdorf und bringt aus ihrer Tätigkeit als Bezirksbeauftragte sowie aus dem Landeskirchlichen Ausschuss für die Prädikant*innenarbeit umfassende Erfahrungen für ihre neue Aufgabe mit.

**Prof. Dr. Georg Wagensommer**
geht es darum, die Qualität und Relevanz von Religionsunterricht zu sichern und weiterzuentwickeln. Diese Aufgabe hatte er an der Evangelischen Hochschule Freiburg und sie ist es noch an seinem neuen Wirkort, der Badischen Landeskirche.

Georg Wagensommer war seit 2018 Professor für Religionspädagogik an der EH Freiburg und leitete zudem den Masterstudiengang Religionspädagogik. Zum März 2026 hat er eine neue Aufgabe als Studienleiter für berufliche Schulen am Religionspädagogischen Institut (RPI) der Evangelischen Landeskirche in Baden übernommen. Damit bleibt er einem Thema treu, das sich wie ein roter Faden durch seine Arbeit zieht: der Qualität von Religionsunterricht. Außerdem unterrichtet er als Religionslehrer an einer Berufsschule und ist als Privatdozent für Religionspädagogik an der Pädagogischen Hochschule Karlsruhe tätig.

Im Zentrum seiner Arbeit an der Hochschule standen Religionsdidaktik, berufsorientierte Religionspädagogik, Antisemitismusforschung, Unterrichtsforschung und Wertebildung, verbunden durch die leitende Frage: Wodurch wird religiöse Bildung für junge Menschen relevant? Eine Antwort darauf suchte er gezielt in ihren Lebenswelten. In einem Forschungsprojekt untersuchte er beispielsweise, wie sich das Musikphänomen Heavy Metal für den Religionsunterricht erschließen lässt. Dabei ging es um die Frage, inwieweit für Jugendliche bedeutsame Themen wie Sinn, Gerechtigkeit und Identität auch im Bildungsplan für berufliche Gymnasien einen Platz haben.

Wie eng für ihn Theorie und Praxis zusammengehören, zeigt ein weiteres Projekt: Gemeinsam mit dem Religionspädagogischen Institut (RPI) analysierte er von 2021 bis 2023 den Landeslehrplan für die generalistische Pflegeausbildung. Im Fokus standen dabei Themen wie Tod und Trauer – zentrale Erfahrungen, die im Berufsalltag eine große Rolle spielen und zugleich religiöse Orientierung erfordern. Auf dieser Grundlage entstanden konkrete Materialien für den Religionsunterricht an beruflichen Schulen.

Im Landesschulbeirat Baden-Württemberg brachte Georg Wagensommer die Perspektive der Hochschulen für Angewandte Wissenschaften in Fragen der Schulentwicklung, Bildungspläne und Reformen ein. Von dieser Schnittstellenkompetenz zwischen Wissenschaft, Praxis und Politik profitierten sowohl die Studiengänge der EH Freiburg als auch der Religionsunterricht.

Georg Wagensommer hat mit seinen Arbeits- und Forschungsthemen im Bereich Antisemitismusprävention und Wertebildung im Religionsunterricht das Portfolio der Hochschule erweitert. Mit seinem Ansatz, religiöse Bildung konsequent von den Fragen junger Menschen aus zu denken, hat er Impulse gesetzt, die weit über die Hochschule hinaus wirken.







Prof.in Dr.in
Renate Kirchhoff

# Den Sicherheitsbegriff neu denken

Wir leben in einer Welt, in der sich die Sicherheitslage stark verändert hat. Das Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung hat für 2025 weltweit 221 gewaltsame Konflikte erfasst. Die politischen Diskurse in Deutschland prägen besonders stark der Krieg Russlands gegen die Ukraine und der Gaza-Krieg aber auch beispielsweise die gewaltvollen Konflikte in Syrien, Afghanistan und im Sudan.

Innere Sicherheit und äußere Sicherheit haben in Deutschland und Europa abgenommen. Ursachen hierfür sind nicht allein gewaltvoll ausgetragene Konflikte oder die Sorge, davon zukünftig betroffen zu sein. Zum Beispiel hat die Corona-Pandemie die innere Sicherheit aber auch die individuelle und gesellschaftliche Resilienz erschüttert und sich u. a. auf soziale Integration, soziale Ungleichheit sowie gesellschaftliche und politische Partizipation ausgewirkt. Hierzu wird noch geforscht. Ähnliche Folgen könnten etwa durch KI erzeugte oder veränderte Inhalte wie auch Cyberangriffe auf die landeseigene Infrastruktur haben. Ein zentrales Indiz für die Abnahme von Sicherheit ist, dass der gesellschaftlich ausgehandelte moralische und rechtliche Minimalkonsens erodiert: Die Verbreitung von Unwahrheiten im Sinne vorsätzlicher Täuschung gefährden die gemeinsamen Wirklichkeitsgrundlagen. Das bedroht die Demokratie und die durch sie gewährleisteten Rechte von Menschen auf Solidarität und ihren Schutz auch gegenüber Eingriffen des Staates. Welche Handlungsmöglichkeiten haben Hochschulen?

Im April 2026 hat die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) auf ihrer Mitgliederversammlung mit ihren 272 Hochschulen ein Positionspapier zur Sicherheitsforschung verabschiedet; einen Monat zuvor, also im März, haben die 24 Hochschulen für Angewandte Wissenschaften in Baden-Württemberg – unter ihnen die EH Freiburg – ein Papier mit dem Titel „Sicherheit und Resilienz“ vorgelegt. In beiden Positionspapieren wird ein in diesem Sinne weiter Sicherheitsbegriff zugrunde gelegt, den auch der Wissenschaftsrat verwendet: Friedens- und Konfliktforschung sowie zivile, also nichtmilitärische Sicherheitsforschung gelten dabei als einschlägige Disziplinen und Forschungsfelder, die Resilienz der Demokratie fördern. Sie sollen insbesondere bei Ausschreibungen und der Mittelvergabe berücksichtigt werden sollen. Demgegenüber fokussiert der über viele Jahre verfolgte enge Sicherheitsbegriff vor allem militärische und technische Maßnahmen zur Abwehr von Angriffen und zur Vorbereitung auf Krisenfälle.

Grundsätzlich gehört zur Wissenschaftsfreiheit, dass Forscher*innen selbst entscheiden, welches der Gegenstand ihrer Forschung sein soll. Gerade Sicherheits- und Friedensforschung dürfen nicht dem Mainstream folgen, sondern sie sollten in anwendungsorientierten fachlichen und politischen Überlegungen wurzeln. Dennoch gilt, dass der Mittelfluss eine zentrale Steuerungsmaßnahme der Bundesregierung darstellt. Mit ihm gibt sie vor, was Breitenwirkung hat und welche hochschulische oder außerhochschulische Institution dazu forschen kann bzw. soll.

„Ein zentrales Indiz für die Abnahme von Sicherheit ist, dass der gesellschaftlich ausgehandelte Minimalkonsens erodiert.“

Die Evangelische Hochschule setzt mit ihren Beiträgen auf präventive Strategien zur Stärkung von Demokratie und auf gezielte Verantwortungsübernahme für Friedensfähigkeit – grundsätzlich und ganz besonders angesichts aktueller gesellschaftspolitischer Krisen und Spannungsfelder. Mit Forschung und Transfer zur Frage, wie Konflikte menschenrechtsorientiert bearbeitet und gesellschaftliche Rahmenbedingungen gerechter gestaltet werden können, setzt sich die Hochschule bereits seit mehreren Jahren auseinander und bringt entsprechendes Wissen in die Praxis. Dazu gehört etwa die Qualifikation zur Analyse gezielter Polarisierungs- und Destabilisierungsstrategien sowie die Entwicklung von Maßnahmen zur Stärkung des Vertrauens in Wissenschaft und demokratische Institutionen, die Minderheitsrechte und individuelle Freiheiten gegenüber Eingriffsversuchen schützen.

Konkret im Hinblick auf Curricula der EH Freiburg als einer Sozialhochschule für Angewandte Wissenschaften: Wir fördern Wissen über bewährte zivile Ansätze zur Förderung von Frieden und Gerechtigkeit, damit Studierende und Absolvent*innen aber auch andere Personengruppen, wie Teilnehmende von Weiterbildungen oder öffentlichen Veranstaltungen beispielsweise zu Asyl- und Migrationsfragen sie in gesellschaftliche Debatten einbringen können; zugleich fördern wir die Fähigkeit, politische Strategien mit Bezug auf zivile und militärische Maßnahmen kriteriengeleitet zu bewerten. Unsere Absolvent*innen fördern die Resilienz von Kindern, Jugendlichen und Familien im Umgang mit Krisen. Sie befähigen Fachkräfte zur Unterstützung von Jugendlichen mit herausforderndem Verhalten und ermöglichen deren Integration in die Bildungssysteme und den Arbeitsmarkt. Sie forschen zur Relevanz der Wissenschaft Soziale Arbeit für innere und äußere Sicherheit sowie zu Kompetenzen, die Gesprächsfähigkeit angesichts widerstreitender gesellschaftlicher Interessen fördern.

Grundsätzlich gilt dabei: Die Forschung der SAGE-Hochschulen muss sich ebenso wie der MINT-Bereich mit den Risiken freier Forschung befassen: Dabei geht es nicht nur um Folgen aus fahrlässigem oder vorsätzlichem Fehlverhalten von Forschenden, sondern auch um missbräuchliches Verhalten von Dritten. Denn in allen Wissenschaftsbereichen – auch in den Sozial- und Friedenswissenschaften sowie insbesondere der Angewandten Forschung im SAGE-Bereich – besteht die Gefahr, dass Ergebnisse durch andere Personen zu Zwecken genutzt werden, die die Forscher*innen nicht intendiert haben, etwa um Menschenwürde, Gesundheit, Freiheit, Umwelt und ein friedliches Zusammenleben zu gefährden oder ihren Schutz zu unterlaufen: In den technischen und naturwissenschaftlichen Wissenschaften ist dafür der Begriff „Dual Use“ etabliert, der auch zunehmend in die Sozialwissenschaften Eingang findet.

An der EH Freiburg sind die Dual-Use-Risiken insbesondere in drei Forschungs- und Anwendungsbereichen relevant. Erstens können in Kombination mit technischer Forschung, etwa zu Automation und Robotik im Pflegekontext, Technologien entwickelt werden, die einerseits Pflegeprozesse unterstützen und das Personal entlasten, andererseits jedoch auch zur Überwachung, Manipulation oder Verletzung der Privatsphäre eingesetzt werden können. Zweitens besteht im Bereich der Sozial- und Friedenswissenschaften die Gefahr, dass wissenschaftliche Erkenntnisse sowie Begriffe und Konzepte wie Frieden oder Resilienz umgedeutet oder instrumentalisiert werden, um das Vertrauen in Wissenschaft, Medien oder demokratische Institutionen zu untergraben oder ausgrenzende und antidemokratische Strategien zu legitimieren. Und drittens kann es auch in der Kinder- und Jugendforschung, beispielsweise zu herausforderndem Verhalten von Kindern und Jugendlichen zu missbräuchlichem Einsatz der Forschungserkenntnisse kommen, um etwa junge Menschen zu manipulieren, ebensolche Risiken könnte es in der Asyl- und Migrationsthematik oder auch in der Forschung zu Rechtsextremismus und Rechtspopulismus geben.

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) weist im Zusammenhang mit der Risikoanalyse und Folgenabschätzung auf ein grundlegendes Dilemma hin: Neben den Missbrauchsmöglichkeiten von Forschungsergebnissen sind auch die Risiken zu berücksichtigen, die aus einem Unterlassen von Forschung entstehen können. Oft ist nicht unmittelbar erkennbar, welcher Schaden sich durch eine Studie verhindern ließe – eben weil das Problem nicht gesehen wurde und unerforscht blieb. Eine verantwortungsvolle Forschung muss daher beide Möglichkeiten gleichermaßen in den Blick nehmen.

Im Umgang mit Dual-Use-Risiken können die Sozial- und Friedenswissenschaften auf forschungsethische Ansätze zurückgreifen, die bei Forschung in Kriegs- und Krisenkontexten sowie zum Schutz von vulnerablen Gruppen Anwendung finden.

Für die EH Freiburg folgt daraus die Aufgabe, mögliche Vereinnahmungen wissenschaftlicher Erkenntnisse und Technologien frühzeitig zu berücksichtigen, Forschung und Transfer anhand ethischer Kriterien zu prüfen und Fragen der Forschungsethik systematisch in Forschung, Lehre und Transfer zu verankern.

In diesem Sinne „wir verändern Gesellschaft“, wir befähigen Menschen, ganz besonders in den gegenwärtigen gesellschaftspolitischen Krisen und Spannungsfeldern Frieden mitzugestalten und gesellschaftliche Resilienz zu stärken.

ev.olve wird gefördert durch:

Bundesministerium
für Forschung, Technologie
und Raumfahrt

Baden-Württemberg
MINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT, FORSCHUNG UND KUNST